

Bundesminister der Justiz  
Herrn Dr. Marco Buschmann  
Mohrenstraße 37  
10117 Berlin

Telefon: 030 24636-302  
Telefax: 030 24636-110  
E-Mail: [hgf@paritaet.org](mailto:hgf@paritaet.org)  
Unser Zeichen: sne/gsch  
Datum: 6. September 2023

## **Offener Brief: Gesetze zum Mieterschutz müssen dringend umgesetzt werden**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit großer Sorge sehen wir die noch immer nicht erfolgte Umsetzung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Mieterschutzregelungen. Dazu zählen insbesondere die Absenkung der Kappungsgrenzen für Mieterhöhungen in angespannten Wohnungsmärkten, die Verlängerung der Mietpreisbremse und des Betrachtungszeitraums bei der Erstellung von Mietspiegeln sowie die Verbesserung des Kündigungsschutzes bei Schonfristzahlungen. Über 7 Millionen Mieterhaushalte müssen für das Wohnen mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens aufwenden. Die hohe finanzielle Belastung von Mietenden macht einen Schutz vor weiteren Mietsteigerungen innerhalb kürzester Zeit dringend notwendig. Viele Menschen, insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen, sind mit steigenden und zunehmend unkalkulierbaren Wohnkosten konfrontiert.

Der Druck auf die Mieten nimmt gerade besonders stark zu. Nicht nur die Angebotsmieten bei Neu- und Wiedervermietung steigen aktuell massiv, z. B. in Berlin um 27 Prozent, sondern auch die Bestandsmieten im Mietspiegel – zuletzt in München um 21 Prozent. Neben den Metropolen sind auch die Angebotsmieten in ländlichen Wohnungsmärkten, wie z. B. im Saarland (Plus 7,9 Prozent), in Brandenburg (Plus 9,1 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (Plus 10,3 Prozent), betroffen.

Deshalb bitten wir Sie, neben den aus dem Koalitionsvertrag gebotenen Gesetzesentwürfen, auch weitere mietrechtliche Regelungen auf den Weg zu bringen:

1. Die Umsetzung eines zeitlich befristeten Mietenstopps: Um Mieterhaushalte nicht noch weiter finanziell zu überfordern, sind Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen differenziert nach Wohnungsmärkten für 6 Jahre stärker zu begrenzen.

2. Die Mietpreisbremse muss deutlich nachgeschärft werden und bundesweit gelten. Ihre Ausnahmen und Umgehungen, wie z. B. bei möbliertem Wohnraum oder Kurzzeitvermietung, müssen begrenzt werden und die Mietpreisüberhöhung ist effektiver zu bekämpfen.
3. Indexmietverträge müssen bei Neu- und Wiedervermietungen gesetzlich ausgeschlossen werden und für laufende Indexmietverträge ist eine Kappungsgrenze einzuziehen.
4. Ein Kündigungsmoratorium, das sicherstellt, dass niemandem gekündigt werden darf, der wegen stark gestiegener Heiz- und Warmwasserkosten seine Betriebskostenabrechnung oder die hohen Preisanpassungen nicht fristgerecht bezahlen kann.

Die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum darf nicht gegen den Mieterschutz im Bestand ausgespielt werden, denn beides wird gebraucht. Neubauten und umfassend sanierte Gebäude unterliegen schon jetzt nicht den genannten Mietbeschränkungen.

Die ohnehin schon zugespitzte Lage von Millionen Mieter\*innen erfordert eine dringende Stärkung des Mieterschutzes. Wir bitten Sie daher, notwendige Regelungen zum Mieterschutz umzusetzen und die Betroffenen effektiv zu entlasten.

Wegen des besonderen politischen Interesses erlauben wir uns, diesen Brief nachrichtlich auch an die Bundesministerin Klara Geywitz sowie die Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag zu schicken.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ulrich Schneider  
Hauptgeschäftsführer des  
Paritätischen Gesamtverbandes



Lukas Siebenkotten  
Präsident des Deutschen  
Mieterbundes

Nachrichtlich:

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Dr. Rolf Mützenich, Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag

Katharina Dröge, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen im Deutschen Bundestag

Britta Haßelmann, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen im Deutschen Bundestag

Christian Dürr, Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag

Amira Mohamed Ali, Fraktionsvorsitzende Die Linke im Deutschen Bundestag

Dr. Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender Die Linke im Deutschen Bundestag